

mus für verstärkte soziale Kontrollen auch innerhalb der Kirche gefordert. Die Notwendigkeit der überörtlichen Zusammenarbeit glaubte man am besten am Beispiel der Schulfrage zeigen zu können, bei der vorschnelle lokale Entscheidungen in großem Maße die rationale Erarbeitung und zukunftsweisende Planung erschwerten, da Emotionen im Vordergrund stehen. Der Hierarchie warf man vor, daß man inzwischen zwar Platz für Strukturdiskussionen einräume, jedoch nur selten die kritische Mitbestimmung und -entscheidung zulasse. Noch seien keine Erfahrungen gemacht, wie man aus der Menge der in einer Pfarrei oder Diözese vorhandenen Meinungen eine Mehrheit bilden könne, die auch gehört werde. Mehrfach wurde auf die Notwendigkeit von Konflikten als eines normalen Bestandteils des Mechanismus eines Wechsels hingewiesen, doch schließe dies nicht aus, daß man überkommene Konfliktstoffe — wie das Beharren auf agrarischem Kirchentyp in einer hochindustrialisierten Zeit oder die ständige soziale Distanz zwischen Bischof und Gläubigen — endlich abbauen müsse. Immer stärker zeige sich, daß die augenblicklichen Konflikte weniger von Personen als von in Systemen verhafteten Persönlichkeiten verursacht würden. Das Aufbegehren revoltierender Laien, denen man lange Zeit hindurch etwas von Mündigkeit erzählt habe, ließe sich nach Meinung der Teilnehmer schnell mäßigen und vernünftig regeln, wenn man den Laien genügend Kontrollmöglichkeiten der einzelnen Entscheidungsgremien zubillige.

Künftige Wahlverfahren

Von hier war es nicht mehr weit zu konkreten Vorschlägen einer demokratischen Spielregeln berücksichtigenden Wahl für die verschiedenen Entscheidungsgremien. Hatte Weihbischof Butler schon vorher auf die einfache und doch sehr interessante Tatsache hingewiesen, daß ausgerechnet der Mann an der Spitze der Kirche nicht durch ein Sakrament, sondern durch eine demokratische Wahl „an die Macht kommt“, so erarbeitete der Arbeitskreis weitere Prinzipien und wünschenswerte Modi für eine solche Wahl auf den verschiedenen Ebenen. Man verwies darauf, daß demokratische Spielregeln wohl kaum möglich seien, so-

lange man nicht abwählbar sei und von Zeit zu Zeit Rechenschaft ablegen müsse. Durch ein solches Verfahren, für das Benediktinerklöster als Vorbild hingestellt wurden, würde die *Selbstkontrolle* zum Wohle aller und zur Bestätigung, Ermutigung und eventuell Korrektur des Amtsträgers beitragen. Gerade die päpstlichen Entscheidungen der letzten Zeit machten deutlich, wie wenig die Organe der Selbstkontrolle und Überprüfung an der Wirklichkeit und Meinung der anderen ausgebaut seien. Die große Diskussion habe leider immer erst hinterher eingesetzt — als es zu spät war und die Autorität wieder einmal einen Rückschlag erlitten hatte. Die Beachtung der Massenkommunikationsmittel und einer weniger falschen Informationspolitik der Kirche legte man große Bedeutung bei. Ohne eine Änderung auf diesen Gebieten seien Reformansätze von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Ausgehend von der Einsicht, daß ein Autoritärer auch immer die von oben an ihn weitergegebenen Weisungen ohne große Einwände ausführt, wurden schließlich verschiedene Formen für zukünftige Wahlverfahren von Bischöfen erarbeitet, mit denen man schon bald an die Öffentlichkeit treten will: Danach sollten zukünftig drei Stufen der Mitsprache berücksichtigt werden, nämlich 1. die lokale, bei der eventuell über eine Diözesansynode ein möglichst großer Bevölkerungsteil mitwirkt; 2. die nationale, bei der die Bischofskonferenz

und ein Nationaler Laienrat oder eine ähnliche Einrichtung gehört werden; 3. die universale, die Raum für Mitsprache und Einfluß auch über die Grenzen hinweg in der Weltkirche berücksichtigt. Außerdem sollte niemand länger als zehn Jahre im Amt bleiben dürfen und nur eine einmalige Wiederwahl nach fünf Jahren oder in einer anderen Diözese möglich sein. Jeglicher politischer Einfluß müsse strikt unterbunden und jede zur Zeit noch bestehende, das ganze System korrumpierende „Aufstiegs- und Empfehlungsliste“ so schnell wie möglich beseitigt werden. Zukünftige Entscheidungen (oder zunächst Diskussionen) werden zeigen müssen, ob man mit diesen Vorstellungen im luftleeren Raum agierte oder wenigstens einen Kern heutiger Autoritätsproblematik getroffen hat. Aus der Sicht, daß die Autoritätsfrage der Kirche auf einer anderen Grundlage beruhe und andere Probleme involviere als die gleiche Frage in Familie und Gesellschaft, ist die weitgehend bei dem Treffen fehlende Frage nichtkirchlicher Autorität zu verstehen, dennoch hätte manchmal eine Verbindung zu ähnlichen Erscheinungen in der Gesellschaft vielleicht etwas weiterhelfen können. Auch das Problem wachsender Spannungen im Gefolge der einsetzenden oder gewünschten Neuerungen müßte bei dem in nicht allzu ferner Zeit geplanten Fortsetzungsgespräch berücksichtigt werden, um ein noch geschlosseneres und realistischeres Bild zu geben.

Spanische Bischöfe zur tendenziösen Presseberichterstattung

Immer neue Vorfälle lassen das Ringen weiter Kreise der spanischen Kirche um ihre Freiheit und gleichzeitig die Zweideutigkeit des offiziellen Katholizismus erkennen. Zahlreiche Priesterverhaftungen, die schließlich in der Festnahme des angesehenen Generalvikars von Bilbao, *J. A. Ubieta López*, gipfelten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 293), und das verwirrungstiftende Presseecho haben die Problematik der Beziehungen zwischen Kirche und spanischem Staat noch schärfer ins Licht gebracht. Obwohl eine weltoffeneren und „ökumenische“ Einstellung im spanischen Katholi-

zismus immer selbstverständlicher wird, bleibt die offizielle Berichterstattung über den kirchlichen Bereich in einem als „vorkonziliar“ zu charakterisierenden Tenor verhaftet. Reformfreudige Kräfte im In- und Ausland werden dadurch in die Nähe der bekanntermaßen diskriminierten „akatholischen“ Minderheiten gebracht. Sie kommen ohnedies zumeist nur in gezielten Agenturauszügen zu Wort, vielfach durch Sensationalismen verzerrt oder absichtlich verfälscht. Dieser Vorwurf gilt einem Großteil der Tagespresse sowie den staatlichen Agenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Die Berichterstattung über die Verhaftung Ubietas ist ein deutliches Beispiel dafür. Sie forderte auch die entschiedene Stellungnahme des am meisten davon betroffenen Apostolischen Administrators von Bilbao, *J. M. Cirarda Lachiondo*, heraus und führte in der Folge zu einer Frontbildung unter den Journalisten für oder gegen Cirarda. Als Bischof der beiden Diözesen Santander und Bilbao — letztere wohl die konfliktreichste in ganz Spanien — steht er im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Von den spanischen Intellektuellen wird er geschätzt, und seine Stellungnahmen haben ihn als einen der profiliertesten Köpfe im aufgeschlosseneren Teil der spanischen Kirche ausgewiesen. Zur Zeit ist er auch Sekretär der Kommission der Bischofskonferenz für die Kommunikationsmittel.

Aus Anlaß der Verhaftung Ubietas sah sich Bischof Cirarda gezwungen, seine Geistlichen gegen „sensationslüsterne, verwirrende, ja falsche Informationen“ zu verteidigen. Die Leitartikler von „El Alcázar“ (29. 4. 69), „Arriba“ (29. 4. 69) und „Pueblo“ (28. 4. 69) hatten sich bemüht, mit hohler Rhetorik ihrer großen Leserschaft eine angeblich tiefe Beschämung des gesamten spanischen Klerus über die baskischen Vorfälle glaubhaft zu machen und warfen ferner Cirarda Behinderung der Justiz im Schutze von Konkordatsprivilegien vor. Ein redaktioneller Beitrag im „Hiero“ (29. 4. 69) bedauerte, daß „Probleme, die sich aus dem Verhalten einzelner Mitglieder der Kirche ergeben haben, durch das Etikett des Sakramentlichen vertuscht werden“. Daraufhin präziserte Cirarda noch einmal in einem Hirtenbrief (29. 4. 69): „Ich habe mich dem Prozeßverfahren [gegen Ubieta] widersetzen müssen, und zwar um der Wahrung der kirchlichen Freiheit und des Amtsgeheimnisses willen, die das Konkordat . . . klar und unmißverständlich ausspricht.“

Notwendige Differenzierungen

Es wäre nun ungerecht, alle spanischen Presseorgane mit demselben Vorwurf zu belasten. Er gilt vor allem einigen Agenturen und Zeitungskonzernen, die auf regionaler und selbst auf nationaler Ebene die Meinungsbildung erheblich beeinflussen. Dennoch konnte sich, im engen Rah-

men des Pressegesetzes, die bereits erwähnte Frontbildung ergeben. Regierungsunabhängige Organe berichteten und kommentierten vielfach freundlicher. So fragte die Madrider Opus-Dei-Zeitung „Nuevo Diario“, ob man etwa angesichts der Entstellungen kirchlicher Vorgänge durch die Presse vor einem „neuen Antiklerikalismus“ stehe. „Ya“, „vida nueva“ (10. 5. 69) und „Cuadernos para el Diálogo“ (April 1969) betonten im Hinblick auf die Diskussion um das Konkordat den Unterschied zwischen Privilegien einerseits und allgemeinen Menschenrechten, die in Bilbao verletzt worden seien, andererseits. Gewalt komme nicht nur aus Pistolen, sondern ebenso aus der wirtschaftlichen Maschinerie und aus lügenhaften Zeitungsberichten. „Wir stehen vorbehaltlos hinter Bischof Cirarda“, erklärten die „Cuadernos“. Der Mut solcher und auch gedämpfterer „Dissidenten“ stimmen darf nicht unterschätzt werden. Immer noch sehen sich die Journalisten gezwungen, ihre kritikgeladenen Kommentare in verschlüsselter Form anzubieten. Stets drohen den Publikationsorganen empfindliche Geldbußen. So mußte das „Boletín de la H. O. A. C.“, Mitteilungsorgan der Arbeiterbruderschaften in der Katholischen Aktion, jüngst 80 000 Peseten Strafe bezahlen, weil es einen Beitrag des bekannten Theologen *J. M. González Ruiz* zum Thema „Christentum und Revolution“ veröffentlicht hatte.

Deutliche Unterschiede

Zum Welttag der sozialen Kommunikationsmittel (18. Mai 1969) wies Bischof Cirarda erneut auf die Entstellungen der baskischen Vorgänge durch die Presse hin: „Welch völlig falsche, ja verleumderische Nachrichten sind von manchen Agenturen verbreitet worden! Je nach Art der Darstellung konnte dasselbe Schriftstück, der Leidenschaft oder dem Bedacht des jeweiligen Journalisten entsprechend, als eine diametral entgegengesetzte Sache erscheinen.“ So kündigte er auch die baldige Einrichtung eines „eigenen Informationsmittels“ an.

Ist Cirarda ein „Rufer in der Wüste“, oder hat er von seinen Mitbrüdern Unterstützung erfahren? Die Stellungnahmen aus Anlaß des Welttags der Kommunikationsmittel fielen den unterschiedlichen Mentalitäten ent-

sprechend unterschiedlich aus. Der Bischof von Gerona, *N. Jubany Arnau*, äußerte sich im Sinne Cirardas: „Die Tatsachen im Halbschatten einer nur halb ausgedrückten Wahrheit zu belassen kommt einer hinterhältigen und betrügerischen Lüge gleich.“ Auch der Weihbischof von Cádiz-Ceuta, *A. Añoveros Ataun*, sprach von „die Massen verwirrenden Tatsachenentstellungen“, und der Bischof von Cartagena-Murcia, *M. Roca Cabanellas*, beklagte, daß die „religiöse Nachricht zu einem Mittel manipulierender Interessen und sachfremder Einstellungen“ werde. Es sei erforderlich, „Nachrichtenagenturen zu haben, die die kirchlichen Angelegenheiten sachlich verbreiten“. Ähnlich äußerte sich auch der neue Primas, *V. Enrique Tarancón*.

Erwartungsgemäß gingen die Äußerungen des umstrittenen Präsidenten der spanischen Bischofskonferenz und Erzbischofs von Madrid, *C. Morcillo Canzález* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 246), und seines Nachfolgers in der Stellung als Mitglied des spanischen Kronrates, Erzbischofs *P. Cantero Cuadrado*, in eine andere Richtung. Während sich Morcillo „besonders verpflichtet“ fühlte, den Presseleuten für „die Dienste, die sie der Wahrheit und dem Evangelium geleistet haben und leisten wollen“, zu danken, galt Canteros besondere Aufmerksamkeit der Gefährdung der Sittlichkeit durch die mächtigen Kommunikationsmittel. Die ständige Kommission der spanischen Bischöfe hat sich auch bei diesem günstigen Anlaß nicht darum bemüht, Cirarda Rückenstärkung zu geben. Anders war dies bei dem Konflikt zwischen dem ehemaligen, inzwischen verstorbenen Bischof von Bilbao, *P. Gúrpide Beope*, und seinen Priestern (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 177), gewesen.

Diese Vorgänge verdeutlichen, welchen Schwierigkeiten der aufgeschlossene Teil der spanischen Kirche begegnet, der sich als ein Erneuerungsfaktor der Gesellschaft versteht. In den sich zunehmend verstärkenden reformerischen Gruppen des spanischen Katholizismus werden die Erschütterungen einer Umbruchsituation am stärksten empfunden. Aber auch die von der politischen Situation bedingte Beengung des Freiheitsraums macht sich hier in erster Linie bemerkbar.